

Amerika, der gute König

Ulrich Speck

Die USA sind die globale Ordnungsmacht. Das hat auch Nachteile, doch die Vorteile überwiegen bei weitem. Ein Essay

[„Globale Ordnungsmacht“ ist positive Wortformel; die negativen sind bekannt: „Imperium“, „Neokonversative zu Washington“, „völkerrechtswidriges Kriegsabenteuertum“, „machtversessene Nation“ usf. In der Sicht der negativen Position sind die USA nichts als die globale Chaosmacht schlechthin. Je früher dieser Teufel beseitigt wird, umso besser für die übrige – ordnungsliebende – Menschheit.

Geschichtlicher Eskapismus hat stets a) falsche Prämissen und b) unsinnige Ziele, weil er c) falsche und illusionäre Begriffe von Weltgeschichte im Gepäck führt.]

Der Druck auf Staaten, mit anderen Staaten zu kooperieren, nimmt stetig zu. Innen- und Außenpolitik verschränken sich zunehmend, die Möglichkeiten für Staaten, unabhängig von anderen Staaten Politik zu betreiben, werden geringer.

[„Druck“ ist eine Wortformel, die erlaubt, eine heterogene Vielfalt von aktuellen Veränderungen der weltpolitischen Realität unter einen (Wort)Hut zu bringen und diesen bei Gelegenheit zugunsten eigener Meinungen aufzusetzen.

Daß alle Staaten (und überstaatlichen Verbände) miteinander kooperieren können sollen (anders als bisher), ist zweifelsohne der „Globalisierung“ geschuldet. Was aber ist „Globalisierung“? Wiederum eine Wortformel, die erlaubt, „eine heterogene Vielfalt von aktuellen Veränderungen ...unter einen (Wort)Hut zu bringen.“ - Im Unterschied zur mathematischen Formel ist die Wortformel extrem ungenau und unbestimmt. Man könnte verzweifeln: die Realität dieser Welt ist stets bunt und reich, die Sprache ist stets arm und einfältig.]

Um Sicherheit, Freiheit und Prosperität im eigenen Lande zu gewährleisten, können Regierungen sich immer weniger nur auf Aktivitäten im eigenen Territorium beschränken. Staatsgrenzen werden nicht bedeutungslos, doch ihre Bedeutung sinkt. Im Verlauf der Globalisierung wird die Welt „flach“, wie Thomas Friedman gesagt hat. Damit tut sich aber, in wachsendem Maße, eine Schere auf: Der politische Raum bleibt begrenzt, der Raum der Ökonomie und der gesellschaftlichen Interaktion hingegen erweitert sich ins Globale. Nicht nur Chancen, auch Risiken nehmen immer weniger Rücksicht auf Staatsgrenzen.

[Das Projekt EU erfährt diese „Schere“ permanent. Globalität und Regionalität interagieren und changieren, - sie spielen miteinander, oft wie Hund und Katze.]

Die logische Antwort auf die Globalisierung wäre eine Weltregierung: Wenn sich Ökonomie und Gesellschaft global vernetzen, müsste sich auch die Politik konsequent ins Globale erweitern.

[Die Unbestimmtheit der Formeln „global“ und „vernetzt“ rächen sich. Mit dem Satz: alles wird global (vernetzt usf) verbleiben die konkreten Unterschiede von a) ökonomischer, b) gesellschaftlicher und c) politischer Globalisierung unterbestimmt. Auch bei Sätzen wie: Alles wird immer „einheitlicher“, „gemeinschaftlicher“, „universaler“ usf fehlt die spezifische Differenz des Artunterschiedes der genannten Sachverhalte; daher sind diese Wortformeln nichts als gleichsam Gattungstempel ohne näheren Definitionsunterschied, - Eingangs- und Sonntagsworte.]

Doch eine Weltregierung wird es nicht geben. Es ist undenkbar, dass die Regierungen der derzeit 191 Staaten sich freiwillig dazu entschließen, ihre Macht aufzugeben, um sie einer zentralen Weltregierung zu übergeben.

[Aber diese Machtübertragung könnte unfreiwillig geschehen, und durch Ereignisse und Entwicklungen verursacht werden, die wir heute ebenso wenig sehen können, wie die Art und Weise jener Weltregierung, die eine künftig vereinte Menschheit führen könnte.

Über weltgeschichtliche Entwicklungen Prophezeiungen abgeben, ist problematisch und oft nur Ausdruck von Meinungsfreude.

Die Gegenformel zu „freiwillig“ im Gelände der Weltgeschichte ist „Revolution“ oder „Krieg“ oder beides.]

Bleibe noch die Option eines Welt-Einigungskriegs.

[Niemals durch Krieg als Krieg werden neue Weltzustände herbeigeführt, sondern Kriege der revolutionären Art werden schon im Namen neuer Weltzustände und ihrer Leitideen geführt.

Die Einheitsprinzipien einer künftigen Weltrepublik kennen wir nur rudimentär.

Ein freiwilliger Weltfriede durch freiwillige Selbstentmachtung aller Staaten und Staatenbünde ist eine ebensolche Abstraktion und Illusion wie das Gegenteil: ein Krieg aller gegen alle oder doch der Hauptmächte gegeneinander, durch dessen tabula rasa das Fundament einer neuen Welt und Menschheit könnte gelegt werden.

Heute können wir nicht wissen, von welcher (menschheitlichen) Entwicklungsstufe aus ein möglicher „Endkampf“ um die sinnvolle und haltbare Existenz einer föderalen Weltrepublik mit („total“) subsidiärer Ausrichtung unausweichlich werden könnte. Schon weil wir die künftigen Weltzustände von Technologie nicht vorwegnehmen können.]

Doch wer sollte ihn führen? Angesichts der verfügbaren Massenvernichtungswaffen könnte er zudem nur das Ende der Zivilisation bedeuten. Auch weiterhin werden also Staaten die zentralen Akteure auf globaler politischer Ebene sein. Staaten allerdings, die in anderer Weise agieren müssen, als es in einer Welt der klaren räumlichen Begrenzungen üblich war.

[„Zentral“ ist Formel; in Europa ist sowohl das Agieren der Nationalstaaten wie das der EU „zentral.“ - Bedeutet „zentral“ lediglich: hauptsächlich und unverzichtbar beteiligt, wäre wiederum die genaue spezifische Differenz der verschiedenen „Zentralen“ anzugeben. Diese sind uns ungefähr und vage vertraut, weshalb wir Texte wie diesen auch „verstehen.“

Der epochalen Dialektik Globalität versus Regionalität kann sich rein gar nichts entziehen. Als wären mit dem Zusammenbruch der letzten säkularen Welt-Ideologie (Kommunismus) alle bisherigen Schranken und Hemmungen gefallen. Bleibt also noch eine „zentrale“ Aufgabe: die letzte sakrale Welt-Ideologie zu überwinden, um die Institutionalisierung von „Vernetzung“ und „Zentrierung“ wirklich „global“ zu gestalten, - nach universalen Prinzipien und Praxen.]

Nicht wenige erklären daher die Kooperation und Integration von Staaten, wie sie in der EU stattfindet, zum Zukunftsmodell: die „gepoolte“, gemeinschaftlich ausgeübte Souveränität würde die Schere zwischen territorialer Staatlichkeit und den Entgrenzungsprozessen in der Globalisierung schließen.

[Aber die Arbeit an der Verbreitung des Zukunftsmodells muß heute begonnen werden, wie nicht zuletzt die Malaise der Zweiten Welt und des Nahen Ostens zeigt. Ein Modell muß, wenn es tatsächlich globale Zukunft verdient, exportiert werden. Aber über das Wie des Exports besteht unter den Europäern, sofern sie daran überhaupt interessiert sind, keine Einigkeit.

Die Nötigung zur Organisation der Staaten eines Kontinents in einer supranationalen Institution kommt einerseits von „außen“, vom Konkurrenzdruck der globalen

Gesamtvernetzung; andererseits von „innen“: es liegt im Wesen von Demokratie, Staaten-Verbünde organisieren zu können und zu müssen, die erstmals in der Weltgeschichte ohne Binnenkriege existenzfähig zu sein scheinen. Voraussetzung dazu: alle rechtlichen und politischen Prinzipien der westlichen Demokratie müssen flächendeckend durchgesetzt sein. Mit und durch den Westfälischen Frieden wurde die moderne Staatsbildung ermöglicht; mit dem Scheitern des Völkerbundes (1920-1945), Roosevelts UNO-Gründung (1945) und dem Kollaps einer unvernünftigen Weltpolis (1989), genannt Kommunismus, wurde die EU ermöglicht und notwendig. Sie ist einer im neu entstehenden System der global-player.]

Doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass dies an enge Grenzen stößt: Auch in der EU bleiben die Staaten die handelnden Subjekte. Als „Herren der Verträge“ geben sie ihre Souveränität nicht auf, sie behalten sich Veto-Optionen in den wesentlichen Bereichen vor.

[Folglich erweitern sich die Grenzen (der Staaten), weil sie als Schranken verschwinden, sowohl buchstäblich wie auch im übertragenen Sinn: immer mehr innere, nicht mehr geographische Grenzen entstehen: Vertragswerke, Gesetze und Regeln, gar Verfassungsentwürfe. – Nach und nach werden auch die alten Veto-Optionen absterben; die kleinen Staaten dürfen frei gegen großen stimmen; Chiracs obsoletem Wunsch nach „Pioniernationen“ für Europa durfte auch Österreich widersprechen; und siehe da: auch die alte Kerneuropa-Idee wandert mehr und mehr in die Schublade.]

Während die neunziger Jahre durch zunehmende Integration bestimmt waren, tritt seit einigen Jahren die nationale Kosten-Nutzen-Rechnung wieder stärker in den Vordergrund.

[Dies jedoch immer auch in der Brüsseler Perspektive: wie viel müssen und sollen die bereits integrierten Staaten für die noch nicht oder nur schwach integrierten bezahlen? Wieviel „herausbekommen“, wofür einzahlen, wovon und wofür profitieren? usf]

Sobald massive nationale Interessen im Spiel sind, zerbricht schnell die ansonsten zelebrierte europäische Einmütigkeit.

[Sie bleibt im Widerstreit erhalten, sie muß stets neu erkämpft und neu definiert werden; eine andere Einmütigkeit ist vorerst nicht zu haben. Besser eine erstrittene als eine nur zelebrierte Einheit.]

Selbst Deutschland, lange Zeit integrationswillig und kompromissbereit wie kein anderer EU-Staat - und damit Motor der Integration -, hat in den letzten Jahren eine massive Kampagne nicht etwa für einen europäischen, sondern für einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat betrieben.

[Und diese Überheblichkeit wurde zurecht abgestraft. Eine der vielen weltpolitischen Dummheiten der Administration Schröder.]

Kanzler Schröder ließ keine Gelegenheit aus, um seinen Begriff von Deutschland als einer „mittleren Macht“ zu propagieren. Auch wenn die Dynamiken der Integration qua Ökonomie und Recht fortwirken und eine gewisse Selbstläufigkeit gewonnen haben, zeigt die Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg oder um den Haushalt für 2007-2013, dass die europäische Konstruktion nur handlungsfähig ist, wenn die Mitgliedsstaaten bereit sind, die EU machtpolitisch zu stützen.

[Inwiefern konterkariert das „Motordenken“ eines „Kerneuropa“ den Prozeß einer europäischen Universaldemokratie, den es doch anzufachen behauptet?]

Die Renaissance des Staates

In den neunziger Jahren war die Hoffnung weit verbreitet, dass sich im Zuge der Globalisierung eine globale Zivilgesellschaft formieren werde, in der eine Vielzahl von nicht-staatlichen Akteuren ein engmaschiges Netz von Beziehungen entwickeln. Es würde eine eng vernetzte Weltgesellschaft entstehen, die durch ihre vielfältigen Bezüge die partikularen Staaten gleichsam überwuchern und damit marginalisieren würde. Der Rest würde erledigt von den Vereinten Nationen, im Zusammenspiel mit neuen Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Die Netzwerke der "global governance" würden klassische staatliche Souveränität erheblich relativieren und in nicht wenigen Bereichen überflüssig machen.

[Es waren die Jahre der euphorischen Illusion: der Kommunismus im Abgang, wer oder was sollte jetzt noch das Paradies auf Erden aufhalten können? Das Ende der Geschichte ward schon am Horizont gesichtet, und kein Zorn schien nochmals den Stern der Geschichte zu verdüstern. Man vergaß, dass in der Zweiten Welt weithin noch nicht einmal Staaten, sondern lediglich Als-Ob-Staaten existierten und existieren.]

Natürlich war noch nicht alles gut. Nach dem Ende der Bipolarität richtete sich das Augenmerk auf die "neuen Kriege" (Herfried Münkler), in zerfallenden Reichen wie auch in Staaten, die durch die Weltordnung des Kalten Krieges zumindest ansatzweise stabilisiert worden waren (insbesondere in Afrika). Innerstaatliche Kriege und Massaker, am prominentesten im zusammenbrechenden Jugoslawien, machten deutlich, dass vorläufig auf die "hard power", auf die Zwangsgewalt der Staaten nicht verzichtet werden konnte.

[„Jugoslawien“ in den 90-er Jahren war der erste ernüchternde Schock für die neuen Europäer. Ihr Glaube an die Friedenskraft des real existierenden EU-Europa nach 1989 war so groß, dass sie wohl „hundertmal“ nach Belgrad fuhren, um mit einem Politiker zu verhandeln, der nicht nur im Begriff stand, Massenmorde zu befehlen und durchführen zu lassen, einen Krieg anzuzetteln und unsägliches Leid über Millionen Menschen zu bringen. Noch als die Katastrophe Kosovo anhub, wollten die (nicht alle) Europäer nicht eingreifen, weil die Heiligkeit „Völkerrecht“ nicht verletzt werden dürfe. Dies war ein Vorgeschmack auf die Selbstzerfallenheit und pazifistische Naivität, die wir dann vor der Befreiung des Iraks erleben mussten und mit Einschränkungen wiederum angesichts der Sackgasse Iran und dem Krieg im Libanon erleben müssen.]

Doch es schien, als könnte eine zunehmend einige Staatengemeinschaft diese Konflikte einvernehmlich lösen. Die Richtung schien klar, und jeder musste eben seinen Teil dazu beitragen. Der Golfkrieg von 1991 galt als Paradebeispiel dafür, dass die UN-Ordnung nun endlich, nach dem Ende der Blockade durch den Kalten Krieg, funktionierte: Gemeinsam stellte die Staatengemeinschaft den Status quo ante wieder her.

[Vergaß aber die Quelle zu beseitigen: Saddam und dessen Wahnregime. Das „Funktionieren“ funktionierte nicht generell. Und selbst in diesem Fall hatten wir alle antiamerikanischen Vorurteile - vom Öl bis zum Imperium - zu ertragen. Dies sollte man nicht vergessen.]

Zudem ging man über die UN-Ordnung hinaus und intervenierte, insbesondere auf dem Balkan, auch in innere Angelegenheiten von Staaten.

[Dieses „Hinausgehen über die UNO-Ordnung“ wurde von den einschlägigen Anti-Amerikanern als Bruch des „Völkerrechts“ definiert; von denselben, die im nächsten Atemzug die Reformschwäche und Machtlosigkeit der UNO - beispielsweise bei Genoziden in Afrika - mit Krokodilstränen beklagten. Es gehörte zu den „inneren Angelegenheiten von Staaten“, wenn Saddam jährlich über 100 000 Menschen zu Tode brachte und Kriege vom Zaun brach, die Millionen Menschen ins Grab führten. - Das friedenswillige Europa hatte gegen diesen Unfrieden nichts einzuwenden, weil es in der Ordnung dieser Welt war, die

vorhandene zu akzeptieren, - ein nationalstaatliches Denken alteuropäischer Provenienz, dass sich die Maske „Völkerrecht“ aufgesetzt hatte.]

Hier schien sich eine neue, humanitär begründete Weltordnung anzukündigen, basierend auf der Verantwortung der Staatengemeinschaft für den Schutz der Menschenrechte auch innerhalb von Staaten. Das widersprach zwar dem Interventionsverbot der UN-Charta. Doch schien es einem einigen Westen durchaus möglich, die UN-Ordnung um das Prinzip der Nothilfe - die "responsibility to protect" - zu erweitern.

[Der Schein war kurz und brüchig, weil „Verantwortung“ von diversen Staaten von Fall zu Fall verschieden definiert werden kann; die einen konnten sich auf das Interventionsverbot, die anderen auf den Auftrag zur moralischen Verantwortung berufen. Es fehlt die Instanz einheitlicher Verantwortungsdefinitionen. Noch heute gehören viele Staaten der UNO an, die nicht wirklich pakt- und verantwortungsfähig sein können; - eine Fortsetzung des Zustandes, den wir im Kalten Krieg hatten. Jede Woche erklärte die Sowjetunion auf neue, dass in ihrer Hemisphäre die Menschenrechte auf vorbildliche Weise exekutiert würden. Und die Möglichkeit, nach (Eigen) Belieben und Interesse auf das Interventionsverbot zurückgreifen zu können, führte notwendigerweise zur Strangulierung eines verbindlichen Auftrages, verbindliche Verantwortung in verbindlich definierten Problemfällen (failing states) zu übernehmen. - Ein Artikel „Nothilfe“ ist viel zu schwach, um diese Verantwortung auszuführen, - siehe die Idiotismen und Widersprüche des korrupten Hilfsprogramms für den Irak; siehe Dafur, Somalia u.a.m.]

Dann aber kam der 11. September 2001. Was ihm folgte, war eine offenkundige Renaissance klassischer Staatlichkeit - mit Macht, Machtpolitik und Machtkonflikten, mit dem Vorrang von hard power und umstrittenen Staatenkriegen. Amerika berief sich auf das Recht auf Selbstverteidigung.

[Diese „Wiederkehr“ erscheint nur jenen als solche, die gegen die USA opponierten und die Befreiung des Irak obstruierten. In Wahrheit war und ist das Unternehmen Irak-Demokratie (und weiterer islamischer Demokratien) ein weltumspannendes, das viele, im Grunde alle westlichen Staaten zur Zusammenarbeit verpflichtet oder doch verpflichten müsste. Daß ebenso viele, Deutschland und Frankreich voran, diese Pflicht auf schändliche Weise vernachlässigen, dient diesen nicht zur Ehre und noch weniger zu Einfluß und realer Verantwortungsübernahme. Sie degradieren sich zu Zuschauern, zu zynischen Voyeuren; aber der Nahe Osten wird sie noch mores lehren. Auch die EU kann sich nicht vor der Hausaufgabe des 21. Jahrhunderts drücken.]

In einer entgrenzten Welt umfasst amerikanische homeland security prinzipiell den ganzen Globus: das ist der Kern der Bush-Doktrin.

[

Unterstellt, dass die USA die Welt „entgrenzt“ - „erobert“- hätten; statt dessen gilt: der Feind (fundamentalistischer Islamismus) befindet sich überall auf dem „ganzen Globus“, und folglich ist jede US-Regierung, die Verantwortung spürt, verpflichtet, die Demokratie zuhause und auswärts mit erhöhten und verschärften Sicherheitsstrategien zu schützen. Es handelt sich daher nicht um eine „Bush-Doktrin“, sondern um ein aktuelles Welt-Kampf-Dogma, das unhintergebar die weltgeschichtliche Stunde bestimmt. Der „Doktrin“ kommt nur das Verdienst zu, das „Dogma“ klar und deutlich erkannt und daraus entsprechende Handlungen und Entscheidungen abgeleitet zu haben. - Daß diese Erkenntnis und Entscheidungssituation von den Gegner - wirklichen oder nur ideologischen - umgedreht wird, liegt in der Natur der Sache; in den USA aber stets auch aus parteipolitischen Gründen: jede Partei, die nicht an der

Macht ist, muß an die Macht kommen wollen; also muß sie Umdrehungen der Realität solange benutzen, wie sie noch nicht an die Macht gekommen ist. - Bin Laden hatte seine Kriegserklärung schon 1996 abgegeben; sie wurde nicht erhört; wieder eine Demütigung mehr.]

Wo aber nicht mehr Heere aufmarschieren, sondern asymmetrische Überraschungsattacken ausgeführt werden, kann man nicht mehr warten, bis der Feind sichtbar wird.

[Das asymmetrisch Überraschende enthält die Momente von a) Zeit (wann), b)Raum(wo) und c)Stärke (wie arg) der Anschläge sowie d) deren globale Organisiertheit in internationalen Terrornetzen; alle vier Momente sind nicht nach bisherigen Strategien zu traktieren. Und dieses Novum sollte man nicht verschlafen, wie dies der Clinton-Administration gelang...]

Sicherheit bedeutet daher, dass Bedrohungen ausgeschaltet werden müssen, bevor es zu spät ist - eben präventiv. Und nicht nur der Terrorismus ist zu bekämpfen, sondern auch sein Nährboden: Regime, die Terrorismus fördern. Direkt, wie in Afghanistan, oder auch indirekt, durch Repression und Perspektivlosigkeit, wie in vielen Ländern der arabischen Welt.

[Unverständlich der Irrglaube, der Irak Saddams wäre diesbezüglich keine Gefahr gewesen. Man malte sich eine Idylle aus, um „Recht zu haben.“]

Damit aber schien Washington den Konsens der neunziger Jahre aufgekündigt zu haben.

[Eine „Aufkündigung“ - in Sicht der (Alt) Europäer - die schon enthält, dass die Europäer die fahrlässige Antiterror-Politik der Clinton-Ära bis zum Sankt Nimmerleinstag fortsetzen wollten.]

Viele Europäer verstanden Amerika nicht mehr. “Sorry, I’m not convinced”, hielt Joschka Fischer dem amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entgegen.

[Man konnte ihm nicht erklären, was er nicht verstehen konnte, weil er es - anfangs - nicht verstehen konnte. Mittlerweile hat er begriffen.]

Und viele wollten es auch gar nicht mehr verstehen; sie sahen den lang erwarteten Moment gekommen, Europa vom Übervater zu emanzipieren.

[Habermas Aufruf, gegen die USA auf Straßen Europas (ausgerechnet!) zu demonstrieren, um endlich dem Projekt Europa den Geist eines Gründersmythos einzuhauchen. Kommentar überflüssig.]

Gegebenenfalls auch mit einem harten Schnitt. Auf den Trümmern des Transatlantizismus, der den Westen im Kalten Krieg zusammengehalten und die neunziger Jahre überdauert hatte, erstand die Vision einer europäischen Gegenmacht - Gleichgewicht statt Hegemonie.

[Kommentar überflüssig. Wie lächerlich waren beispielsweise Schröders schuldbewusste Vorschläge für eine Erneuerung der NATO, wie belächelt von den zuständigen Organen, wie vergessen schon heute. - Die Vision einer europäischen Großmacht hat seitdem eine Reihe von Tiefschlägen hinnehmen müssen, die sich angesichts des Fehlverhaltens im Zuge der Befreiung des Irak wie eine gerechte Bestrafung ausnehmen: Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und Holland, Aufstände in Frankreich, heillose Zerstrittenheit in der Türkei-Frage, Zweifel am Projekt EU insgesamt, fundamentale Unklarheiten in der Gesamtfinanzierung des Projektes, Abtritt von Schröder, angeschlagen: Chirac; und Russland, der dritte im unheiligen Bunde: kein Garant für ein stabiles Europa; Scheitern der Bemühungen um einen germanischen UN-Sitz und um eine globale Reform der UNO (auch Afrikanischen Interessenszwisten geschuldet) und nicht ist zu vergessen: Kosovo und Bosnien ruhen ungelöst, und für deren Lösung wird sich der Große Bruder kaum noch einmal einspannen lassen.]

Eine Vision, die mittlerweile wieder in sich zusammengefallen ist. Alteuropa hat die Muskeln spielen lassen - und erfahren müssen, dass es damit wenig Eindruck in der Welt macht. Weder Moskau noch Peking nehmen die EU als Akteur auf der politischen Bühne sonderlich ernst,

und selbst aus Teheran hörte man während der Verhandlungen der EU3 über das iranische Atomprogramm eher spöttische Töne.

[Eine weitere Strafe, die unausweichlich folgt, wenn Europa meint, im aktuellen Weltkrieg gegen die USA bestehen und verfahren zu können.]

So kam man, durch Erfahrung klüger geworden, zu der Einsicht, dass Europa nur dann weltpolitisch agieren kann, wenn es dies im Konzert mit den Vereinigten Staaten tut. Und umgekehrt brauchen die USA Europa, um effizient und legitim handeln zu können.

[Aber die USA benötigen die EU weniger, als diese jene.]

Der Aufstieg neuer Mächte - insbesondere Chinas - hat beiden vor Augen geführt, dass ihre Differenzen vergleichsweise gering sind, und dass der Westen, wenn er sich im 21. Jahrhundert behaupten will, eng kooperieren muss.

[Und daher war Schröders Versuch, die EU-Sanktionen gegen China aus marktsüchtigen Eigeninteressen aufzuheben, kontrapunktiv.]

In Frankreich hat man das längst eingesehen - und arbeitet durchaus willig mit den Vereinigten Staaten im Nahen Osten zusammen.

[Vermutlich zum großen Erstaunen der (bestverdienenden) Rentner Schröder und Fischer.]

Was die Vereinten Nationen können - und was nicht

Nicht zufällig wurde der UN-Sicherheitsrat zur Bühne der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg. Gemäß des postnationalen Entwurfs, der sich in den Neunzigern unter europäischen wie amerikanischen Intellektuellen großer Beliebtheit erfreute, sollten die Vereinten Nationen zur zentralen Institution einer neuen Weltordnung werden. So warf der Showdown am East River die Frage in aller Schärfe auf: Vereinigte Staaten oder Vereinte Nationen, Hegemonie der "Hypermacht" oder Primat der Staatengemeinschaft, vertreten durch den UN-Sicherheitsrat? Die Irak-Krise bot die Gelegenheit zur Machtprobe.

[Das „Oder“ ist problematisch; auch unter Bush ist die UNO nicht irrelevant geworden und vor allem ist sie nicht „d u r c h Bush“ in die Krise gekommen; ganz im Gegenteil, die Politik „von Bush“ legte die Schwächen und Absurditäten der UNO (nicht nur im Verhalten zum Irak) bloß. Damit entblöbte sich auch die Blöße dessen, was man einen „postnationalen Entwurf“ nennt. Wer hätte diesen in den Gremien der UNO einbringen können und müssen? Die Größe „Amerikanische Intellektuelle“ ist eine Scheingröße, denn Dilettanten wie Noam Chomsky und dessen Hörige sind in allen (welt)politischen Fragen das Gegenteil von „intellektuell“.

All dies bedeutet nicht, dass aus den „Vereinten Nationen“ - nach radikalen Erweiterungen und Vertiefungen - nicht doch eine „zentrale Institution einer neuen Weltordnung“ hervorgehen könnte. Ob friedlich, durch die Arbeit von Politik und Diplomatie, oder doch wieder durch Krieg und dessen neue Ermöglichkeiten, kann heute niemand wissen. Vor allem kann man nicht wissen, wie - auf welche Weise, durch welche Prozesse und Ereignisse - die Verwandlung der Zweiten in eine Erste Welt gelingen wird. (Wie auch niemand wissen konnte, dass der Koloss Sowjetunion eines Tages (nicht ganz) sang- und klanglos einstürzen würde.)]

In den neunziger Jahren hatten die Europäer diese Machtprobe vermieden. Man brauchte die USA, weil amerikanische Militärmacht und amerikanische Diplomatie die Neuordnung Europas machtpolitisch absicherten, vor allem gegenüber Russland. Und man brauchte die USA, um mit den neuen Bedrohungen und Konflikten fertig zu werden (insbesondere auf dem Balkan). Pentagon und State Department schufen den Rahmen, in dem Europa seine Wiedervereinigung verwirklichen konnte.

[Und aus einer neuen Europapolitik, die nun „die Machtprobe“ probiert, wäre zu folgern, dass fortan Europa im aktuellen Weltkrieg „allein“ und „unabhängig“ von den USA bestehen könnte? Noch ist die „Wiedervereinigung“ Europas nicht abgeschlossen, und ein Europa, das nun einen „neuen Rahmen“ für die NATO schaffen könnte oder sollte, müsste eine wirklich handlungsfähige, dh wirklich führende Weltmacht sein. Es langt gerade dazu, in Afghanistan und im Irak (und anderswo) unterstützend zu wirken; und aus den Obstruktionen der illusionären europäischen Öffentlichkeit (CIA bedroht Europa, Bush ist der Weltfeind Nummer Eins, auf Guantanamo werden lauter Unschuldige festgehalten usf) kann kein neuer „Rahmen“, sondern immer nur das Fortschreiben alter Vorurteile resultieren.]

Zugleich hoffte man, dass Amerika seine „harte Macht“ in wachsendem Maße in den Dienst der Vereinten Nationen stellen würde.

[Hätte bedeutet, dass Amerika sich zum Diener, Handlanger und Sklaven von Veto-Mächten, Nicht-Demokratien und anderen (Bürokratien) gemacht hätte, deren Schwäche und Eigennutzdenken jedem Einsichtigen klar ist. Natürlich würde den ahnungslosen und selbstsüchtigen unter den Europäern eine solche selbstverschuldete Entmachtung des „Imperiums“ sympathisch gewesen sein; jedoch zu eigenem Schaden; keine europäische oder sonstige Allianz hätte die Taliban vertreiben und den Irak befreien können oder auch nur wirklich wollen.]

Der Irak-Konflikt zeigte jedoch, dass dies eine Illusion war. Washington sah und sieht den UN-Sicherheitsrat zwar als eine wichtige Plattform des globalen Sicherheitsmanagements. Doch ist es nicht bereit, den Einsatz seines Machtapparates prinzipiell dem Votum der vier anderen Veto-Mächte - China, Russland, Frankreich und Großbritannien - zu unterwerfen. Auch hier zeigt sich: Wenn es ernst wird, wie nach dem 11.9., vertrauen Staaten nur sich selbst.

[Ein übertriebenes „nur sich selbst“; denn die Gespräche auf dem Forum der UNO sind niemals gänzlich zum Erliegen gekommen; dass freilich jede Resolution stets gegenteilige Interpretationen zulässt, die ein gemeinsames Handeln notwendig erschweren, in vielen Fällen sogar verunmöglichen (siehe die Genozide in Afrika bis zum heutigen Tag), liegt an der Schiefele und Partikularität der UN-Plattform.

Ein neues Allgemeines der Agenda Weltpolitik (ein gesetzgebendes Prinzip politischer Qualität) konnte in der Geschichte der Menschheit bisher noch niemals nur durch Vertrag und Diplomatie zustande kommen. Die moderne Staatenbildung Europas zB wäre ohne die Resultate des Dreißigjährigen Krieges nicht möglich gewesen; noch an dessen Beginn schien es nur darum zu gehen, welcher der vier oder fünf Kandidaten den vakanten Posten einer führenden Universalmonarchie für und in Europa besetzen könnte. Dennoch kann - auf der Basis universaler Demokratie (wovon die UNO noch weit entfernt ist) - ein Vertragswerk entstehen, das erstmals in der Weltgeschichte auch auf globaler Ebene eine Neue Welt fundamentieren kann oder könnte. - Die EU wäre zwar ohne 1945 nicht möglich gewesen, aber fast alles, was nachher weiterentwickelt wurde, wurde aus eigenständigen (Ökonomie, Rechts- und Polit-)Feldern realisiert.]

Tatsächlich ist der Washingtoner Blick auf die Vereinten Nationen realistischer als derjenige so mancher Europäer, die dazu neigen, den Sicherheitsrat zu überschätzen.

[„Überschätzen“ ist untertreibend; für den neugeborenen Pazifisten von Rhein und Mosel war und ist die UNO schon so etwas wie eine Weltregierung mit weltmächtiger Legislative und Exekutive. Und unter diesem falschen Axiom muß „logisch“ die Konklusion folgen: die USA hätten ein Interesse, die UNO zu demolieren.]

Viele der Einwände gegen eine zentrale Stellung der Vereinten Nationen im globalen Sicherheitsmanagement sind wohlbegründet. Weder ihre Architektur noch die ihnen zur

Verfügung stehenden Mittel lassen erwarten, dass die UN je in der Lage sein werden, als Weltregierung zu fungieren, oder zumindest einen halbwegs akzeptablen Ersatz für eine solche zu bieten. Und nicht zuletzt widerspricht die Existenz einer solchen Institution der Logik der fortbestehenden Staatenwelt.

[Dies ist ein Irrtum; Nationalstaaten und übernationale Staatenwelten lassen sich (neuartig) vermitteln, wenn es gelingt, die Idee von Demokratie (in ihren substantiellen Momenten wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gewaltenteilung usw.) auf eine höhere, auf die universale (menschheitliche) Ebene zu heben. Daß dies heute noch nicht ausreichend - „global“ - gelingen kann, ist evident. Vom Heute auf Morgen induktiv schließen, ist aber lediglich ein Induktionsschluß, der die Spontaneität der Geschichte, die stets neue (Gesetzes)Freiheiten freilegt, unterschätzt. Der diesbezügliche Optimismus von Bush ist mehr als ein „Gefühl“. Für den eingefleischten antiamerikanischen Europäer natürlich nichts als realitätsblinde „Propaganda.“]

Gegründet nach dem Zweiten Weltkrieg, besteht die zentrale Mission der Vereinten Nationen darin, klassische Angriffskriege zu vermeiden.

[Vergißt, dass vor allem auch die Atombomben-Arsenale der beiden großen Weltmächte „klassische Angriffskriege“ verhinderten. Das Gleichgewicht des Schreckens ist nach 1989 einem Ungleichgewicht des Schreckens gewichen, - in beiden Relationen: nicht nur auf der Seite des Islamismus gilt, dass dieser zu allem fähig ist, auch auf der Seite der angegriffenen Westmächte gilt dies, wenn eine entsprechende Aktion seitens des Gegners gesetzt würde.]

Die UN sollten eine stabile Sicherheitsarchitektur schaffen, um zwischenstaatliche Kriege zu verhindern. Wie der Völkerbund eine Antwort auf den Ersten Weltkrieg war, waren die UN die Antwort auf den Zweiten Weltkrieg. Beide Male ging es darum, eine Friedensordnung zu schaffen, die von den Mitgliedern selbst garantiert werden muss - da es einen mit Gewaltmonopol ausgestatteten, den Staaten übergeordneten Weltstaat nicht gibt.

[Und diesmal sollte eine neue Friedensordnung vor der Lösung des aktuellen Konfliktes zustande kommen? Eine illusionäre Annahme. Sie unterstellt, dass bereits vor der Lösung des aktuellen Konfliktes die Resultate desselben geerntet werden könnten und sollten. - Das „Ende der Geschichte“, dass nach 1989 ausgerufen wurde, war der Inbegriff einer weltgeschichtlichen Illusion. Eine „intellektuelle Blendung“, die vor allem die europäische Öffentlichkeit bis heute nicht überwunden hat.]

Der Kernpunkt der UN-Ordnung ist das Interventionsverbot. Auf dieses können sich alle Staaten einigen, weil alle das Interesse haben, dass ihre Grenzen geschützt werden. Der Angriff auf die Grenzen eines Staates gilt als Angriff auf das Staatensystem insgesamt - auf die Interessen aller Staaten am Erhalt sicherer Grenzen.

[Würde bedeuten, dass alle Staaten einem angegriffenen Staat zu Hilfe eilen müssten. „Alle Staaten“ ist aber eine formelle Idee, der nur ein formeller Rechts- und Machtstatus zukommt, - eine Illusion.]

Klassische Angriffskriege aber sind heute kaum mehr das Problem; auch ein Krieg der Großmächte ist im Atomzeitalter fast ausgeschlossen, weil der Schaden für den Angreifer zu groß wäre. Das Problem sind vielmehr Staaten, die dem klassischen europäischen Modell von Staatlichkeit, wie es die Begründer der UN-Ordnung vor Augen hatten, nicht entsprechen.

[Es ist nicht ein „klassisches europäisches Modell“, schon weil es zuerst in den USA „klassisch“ wurde...]

Insbesondere die Dekolonisierung hat die Zahl der UN-Mitgliedstaaten beträchtlich erhöht; darunter viele mit massiven Problemen. Das eine Problem sind zu starke Staaten: Zentralgewalten mit totalitärer Macht im Inneren und Expansionsdrang nach außen. Das andere Problem sind zu schwache Staaten: Zentralgewalten, die nicht die Mittel haben, das

Gewaltmonopol in ihrem Territorium durchzusetzen. In beiden Staatstypen herrscht nicht das Recht, sondern die Willkür der Macht, gelegentlich maskiert durch eine demokratische Fassade. Beide tendieren dazu, Gewalt in die Zone der Ordnung, des Rechts und der Sicherheit zu exportieren.

[Und daher ist auch die (vor allem europäische) Naivität als solche durchschaubar, die wähnte, allein mit „Entwicklungshilfe“ die Staaten der Zweiten und Dritten Welt auf die „klassische“ Ebene erheben zu können. Erst nach Ankunft aller auf der „klassischen“ Ebene, kann die dritte Friedensordnung global installiert werden.]

Die Architektur der Vereinten Nationen ignoriert jedoch die Unterschiede zwischen Staaten. In der Generalversammlung sind alle Staaten gleichberechtigt - unabhängig von ihrer Beschaffenheit, auch unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung.

[Analog zu einer laizistischen Republik, die nur gleiche Freie, citoyens, kennen und anerkennen möchte.]

Das erklärt sich durch die Herkunft der UN aus dem europäischen Staatensystem, wo, angesichts der „reifen“ europäischen Staatlichkeit, eine solche Regel Sinn machte. In einer Welt der äußerst heterogenen Staaten aber macht das keinen Sinn, und deshalb ist die Generalversammlung de facto bedeutungslos.

[Übertreibt die „Herkunft“ der UNO aus dem „europäischen Staatensystem“; es war die USA (Roosevelt), die nach der europäischen Weltkatastrophe Hitler-Deutschland und nach der asiatischen Monarchie-Katastrophe Japan einen Neuanfang in den Beziehungen aller Staaten ansetzen wollte; dabei in Kauf nehmend, dass beispielsweise Gromyko (vor 1950) in der UNO-Vollversammlung sogleich erklärte, in der Sowjetunion seien die Menschenrechte geradezu vorbildlich realisiert....

Ulrich Speck ist nun wieder ins andere Extrem gefallen; war die UNO vorhin noch eine „Architektur von Vereinten Nationen“, soll sie nun „de facto bedeutungslos“ sein, zwar nur die Generalversammlung, also gewissermaßen das Parlament der UNO, nicht der Sicherheitsrat, gewissermaßen die „Regierung“ oder Exekutive der UNO, deren Veto-Blockade-Spiele bekannt sind. - Sind die UN-Staaten also wirklich so „heterogen“, wie der Autor behauptet? Und ist diese behauptete „Heterogenität“ überhaupt die Ursache für die innere und äußere Schwäche der UNO? Eine Antwort auf diese Frage findet, wer geklärt hat, weshalb die intendierte Erweiterung und Umorganisation der UNO-Räte auf schier unüberwindliche Barrieren gestoßen ist. (Wovon in unseren Zeitungen nur sehr peripher berichtet wurde; in den Massenblättern ohnehin nur in der bekannten Perspektive: „wird von den USA hintertrieben“ ...)]

Wenn von den UN die Rede ist, ist daher meist der UN-Sicherheitsrat gemeint. Die fünf Staaten, die hier über ein Veto verfügen - China, Russland, Großbritannien, Frankreich und die USA - wurden 1945 aus machtpolitischen Gründen privilegiert.

[„Machtpolitisch“ ist eine unnötig denunzierende Vokabel, die verkennt, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um auch nur diesen kümmerlichen Anfang einer Weltlegislative und -exekutive in Gang zu setzen. Im Feld höchster Machtpolitik gibt es keine anderen als machtpolitischen Gründe, wenn es um die Pfründe von Machtpolitik geht.]

Faktisch läuft die UN-Ordnung also auf eine kollektive Hegemonie von fünf Mächten hinaus.

[Faktisch: was alle wichtigen - globalen - Endentscheidungen betrifft. die Nachfolger der fünf Monarchien Europas (19. Jahrhundert) setzen seit dem 20. Jahrhundert auf transeuropäischer Ebene fort, was - noch verworren und kaum erkennbar - mit dem Dreißigjährigen Krieg eingesetzt hat. Wie lange haben „kollektive Hegemonien“, die kein vetoausschließendes höheres Prinzip anerkennen können, Bestand?]

Wenn die "Big Five" sich einig werden, können sie ihre gemeinsamen Aktivitäten mit der Berufung auf Internationales Recht legitimieren.

[Es genügt also nicht mehr - wie im alten Europa - das bloße Machtkalkül von Bündnissen und deren Zwecken. Ein „internationales Recht“ entsteht; aber es ist noch nicht so stark und universal, dass es Mächte hervorgebracht hätte, die auf die Veto-Stimme verzichten könnten und müssten. Denn wo beginnt und endet „faktisch“ das internationale Recht?]

Wenn sie sich nicht einig werden, ist der UN-Sicherheitsrat handlungsunfähig.

[Aber darüber zu lamentieren ist müßig, weil die aktuelle Entwicklung von Weltpolitik (Telos: Vereinigung aller Staaten) diesen und keinen anderen Entwicklungszustand erreicht hat.]

Die Gleichstellung der Veto-Staaten im Sicherheitsrat untereinander ist ebenfalls nicht unproblematisch. Die chinesische Regierung ist zwar legal, aber nicht legitim - sie ist zwar international anerkannt, hat aber kein Mandat ihrer Bevölkerung.

[Auch dagegen kann (vorerst?) nichts unternommen werden, Sanktionen und Predigten ausgenommen. Doch ist die Entwicklung in Richtung Demokratie unaufhaltsam, weil konkrete politische Freiheit - Gewaltenteilung als Chefprinzip moderner Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen - wenn sie einmal gefunden und realisiert wurde, keinen ernsthaften Gegner zu fürchten hat. Eben daher musste auch der islamische Fundamentalismus die Erste Welt das (terroristische) Fürchten erst noch lehren, um von dieser eines Besseren belehrt werden zu können. Wir hätten die Zweite Welt beinahe vergessen; wir haben nicht einmal den moslemischen Immigranten als einen integrationswürdigen und -pflichtigen wahrgenommen.]

An einer Ausweitung der Zone der Demokratie beispielsweise kann sie daher kein Interesse haben, weil sie damit ihre eigene Machtbasis zerstören würde.

[Mag dies auch die Intention der Parteikader sein, allein durch die ökonomische Entwicklung, die auf die politische fortwährend zurückwirkt, wird die Parteibasis sukzessive zerstört. Wie es kuriose Formen der entstehenden und erreichten Demokratie gab und gibt, gibt es auch kuriose Formen des sterbenden Kommunismus.]

Zudem gibt es massive Unterschiede in Bezug auf die reale Macht: Frankreich zum Beispiel hat ebenso eine Stimme wie die Vereinigten Staaten - was etwa dazu führt, dass Paris den Sicherheitsrat nutzen kann, um seinen Einfluss auszuweiten, weit über das, was seine Machtmittel ihm ansonsten erlauben würden.

[Diese Gleichheit der Ungleichen ist ein embryonaler Versuch, auf höchster Ebene das Prinzip von Gewaltenteilung zu installieren; es wird (nicht nur) von den USA als solcher auch bewertet; von den Europäern jedoch weithin als ewiger status quo, der „uns“ großen „Einfluß“ sichert. Zum Schaden oder Nutzen von wem?]

Die dauerhafte Festschreibung der Veto-Mächte ist eines der strukturellen Probleme des UN-Sicherheitsrates. Sie schafft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Staaten, und sie reagiert nicht auf reale, relative Auf- oder Abstiege von Staaten.

[Die Institution bleibt sich gleich; die Realität, die durch die Institution „regiert“ wird, verändert sich permanent und gewaltig; eine Schere oder Kluft, die über kurz oder lang zu einer Art Explosion führen muß. Eigentlich ist permanenter Reformbedarf. Aber nach welchen Prinzipien - vom wem festgelegt? - soll reformiert und neu organisiert werden?]

Nicht die militärisch oder ökonomisch stärksten Staaten sitzen im Sicherheitsrat, sondern diejenigen, die 1945 auf ewig privilegiert wurden. Eine Reform der Veto-Mitgliedschaften wird es aber aller Voraussicht nach nicht geben. Dazu müssten die Veto-Inhaber ihre

Zustimmung geben, was sie freiwillig nicht tun werden. Zwingen aber werden sie sich nicht lassen.

[Unzählige Analogiestellen im Verlauf von Weltgeschichte wären zu nennen, um eine solche Blockade (scheinbar) zu „erklären“; sie können den aktuellen status quo dennoch nicht erklären, denn nur wer wüsste, wie dieser gordische Knoten künftig zu lösen wäre, der hätte erklärt, was zu erklären wäre. Für das aktuelle Handeln kann die Vergangenheit weder Muster noch Modell, weder Mittel noch Zwecke liefern. - Vor allem aber kennen wir nicht jene Wege, die zu unfreiwilliger Zustimmung der heutigen Veto-Mächte führen könnten...]

Und nicht zuletzt: Die UN sind selbst keine Macht. Generalversammlung und Sicherheitsrat verfügen über keine Truppen - das tun nur die Mitgliedsstaaten.

[Diese Suada gegen die UNO beabsichtigt vermutlich auch, den Seinen zuhause jenen „völkerrechtlichen“ Glauben an eine „Staatengemeinschaft“ zu nehmen, der in der Irak-Frage so herzig zum Ausdruck kam. Ein ganzer Volk mutierte zu „Völkerrechtsexperten“...]

Der Generalsekretär kann lediglich appellieren, vermitteln, schlichten. Dazu steht ihm nur ein begrenzter Spielraum zur Verfügung: Seine Rede- und Handlungsfreiheit ist massiv dadurch eingeschränkt, dass er allen 191 Mitgliedsstaaten verpflichtet ist. Was er sagt und tut, muss für alle zumindest einigermaßen akzeptabel sein.

Was die Vereinten Nationen in macht- und sicherheitspolitischer Hinsicht bieten, ist erstens eine institutionelle Plattform für die Kommunikation aller Staaten untereinander - eine Art von ständigem Kongress namens Generalversammlung. Zweitens ein Gremium, in dem einige privilegierte Staaten verhandeln und beschließen können: der Sicherheitsrat. Aus diesem Verhandeln und Beschließen resultiert Legalität - Internationales Recht - sowie eine gewisse Legitimität in den Augen der Weltbevölkerung.

[Aber Kommunikation ist besser als keine; und Gesetze, wenn auch mit fragwürdiger Reichweite und Durchsetzungsmacht, sind gleichfalls besser als keine. Man denke an das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen etc, an Kontrollorgane, Behörden usf.]

### Amerika als globale Macht

Über reale Macht verfügen nach wie vor die Nationalstaaten. Und zwar in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die Entwicklung im 20. Jahrhundert - insbesondere zwei von Deutschland ausgehende Kriege - hat dazu geführt, dass ein Staat heute dominiert: Amerika.

[Aber Nationalstaaten als einzelne haben keine Macht, übernationale Probleme zu lösen. Der deutsche Anti-Amerikanismus ist wohl auch dieser Ursachenlage geschuldet; noch in der Pervertierung hält man sich für den Vater; den Sohn aber für einen missratenen.]

Die Vereinigten Staaten sind ökonomisch führend, kulturell prägend und militärisch allen anderen mit großem, wachsendem Abstand überlegen. Im Vergleich zu den USA sind alle anderen Staaten nur regionale Mächte; Amerika ist die einzige wahrhaft globale Macht. Würden die Vereinten Nationen von heute auf morgen aufhören, zu existieren, wäre das ein erheblicher Verlust für die Diplomatie, die sich andere Plattformen würde suchen müssen.

[Dennoch eine illusionäre Annahme.]

Würden sich die Vereinigten Staaten von heute auf morgen aus der Welt zurückziehen, würde ein Machtvakuum entstehen, das direkt zu weltweiten Beben führen würde.

[Am harmlosesten scheint ein Rückzug aus Europa erfolgen zu können.]

Amerika ist doppelt mächtig - zum einen als globaler Akteur, zum anderen aber auch dadurch, dass es die Spielregeln gestaltet, nach denen alle Akteure handeln, in der Ökonomie wie in der Sicherheitspolitik.

[Welche Regeln konkret? „Gestalten“ ist relativ unbestimmt.]

Die Vereinten Nationen selbst sind eine amerikanische Gründung.

[Alle diese Übertreibungen bezwecken vermutlich, den Seinen zuhause etwas mehr weltpolitischen Realitätssinn einzubläuen und die Furcht vor einem vermeintlichen „Imperium“ zu nehmen.]

Zur harten amerikanischen Macht kommt die globale Ausstrahlung hinzu, die Amerika besitzt, als Vorbild wie als Feindbild. Jedes Land, jede Gesellschaft auf der Welt positioniert sich gegenüber Amerika, spaltet sich in Anhänger und Gegner des amerikanischen Modells. Die Haltung zu Amerika prägt innergesellschaftliche Auseinandersetzung in Europa, im Mittleren Osten, in Russland, im Fernen Osten, in Südamerika.

[Eine unausweichliche Polarisierung; die Weltgeschichte polarisiert immer, denn immer stellt sie an neuen Knotenpunkten universale Hausaufgaben.]

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts ist die Ablehnung des amerikanischen Modells schwächer geworden. American way of life, Marktwirtschaft und Massendemokratie haben sich weltweit durchgesetzt, wenn auch in regionalen Varianten.

[Überall - mit den bekannten zahlreichen Ausnahmen in der Zweiten und Dritten Welt - ist „Amerika geworden, aber ein je eigenes.“]

Die Attraktivität des amerikanischen Modells, das verbunden ist mit Massenwohlstand und politischer Freiheit, hat traditionale Hierarchien unterpült und die Machtbasis von Diktaturen erodieren lassen.

[Wenn ein geborener Anti-Amerikaner wie Günter Grass solche Sätze liest, was denkt er sich dabei?]

Was die amerikanische Vorherrschaft erträglich oder sogar attraktiv macht, ist, dass Amerika eben nicht wie eine Kolonialmacht oder ein Empire agiert. Selbst aus einer Revolte gegen ein Imperium entstanden - das britische Kolonialreich -, hat sich Amerika immer als anti-imperiale Macht verstanden.

[Wenn ein fanatischer Anti-Amerikaner wie Harold Pinter solche Sätze liest, was denkt er sich dabei?]

Das Grundprinzip amerikanischer Weltpolitik ist nicht die gewaltsame Unterwerfung, sondern die Kooptation, basierend auf der Bereitschaft anderer, sich Amerika anzuschließen.

Bestes Beispiel dafür ist Europa im Kalten Krieg - im Westen der freiwillige Anschluss an den Hegemon, im Osten die gewaltsame Unterwerfung durch das sowjetische Imperium.

[Wahrheiten, an die man aus gegebenem Anlaß neu erinnern muß...]

Amerika liefert zudem die besten Argumente gegen sich selbst. Die schärfsten Kritiker amerikanischer Macht sind bis heute Amerikaner; nicht zufällig beziehen weltweit die Kritiker amerikanischer Hegemonie ihre Inspiration von amerikanischen Universitäten. Das führt zu der paradoxen Situation, dass selbst der Anti-Amerikanismus in gewisser Weise ein Amerikanismus ist - indem er sich auf die amerikanische Tradition des Dissens bezieht.

[Dies ist nicht paradox, sondern sachnotwendig. Das politisch Stärkste muß in allen Feldern das Stärkste sein. In den USA kann man sagen: Bush will König werden, er untergrabe die Demokratie; aber die Andersmeinenden wissen unmittelbar, dass diese Meinung nur Anti-Meinung ist, Ausdruck realer Meinungsfreiheit.]

Zur Weltmacht ist Amerika wider Willen geworden.

[Es ist ein Werkzeug, nicht mehr, aber auch nicht weniger, - das wichtigste Werkzeug.]

Bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus galt die Maxime des “no foreign entanglement” - keine Einmischung in die europäischen Händel und Verwerfungen, von denen man sich ja durch Auswanderung verabschieden wollte.

[Die Auswanderung ins neue Gelobte Land wollte in der Tat das ganze europäische Wahnsystem für immer hinter sich lassen. Europa - die Alte Welt - sollte vergessen sein. Doch dessen letzte beiden Wahne - Nationalsozialismus und Kommunismus - waren wohl auch die letzten mit globalen Folgen; der aktuelle Welt-Wahn ist orientalischen Ursprungs, auch diesbezüglich - in der Produktion von Welt-Ideologien - ist Europas Führungsaufgabe beendet. - Erstmals ist Europa Objekt eines nichteuropäischen Wahns, sofern wir über die osmanische Kolonisierung Osteuropas großzügig hinwegsehen.]

Auch nach dem Ersten Weltkrieg, in den Amerika hineingezwungen wurde, zog es sich rasch wieder zurück. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg gab es die Versuchung, möglichst rasch wieder abzuziehen aus Europa und Asien. Doch der Kalte Krieg mit der imperialen Macht Sowjetunion, die einen messianistischen, universalistischen Anspruch besaß, zwang die USA dazu, weltweit aufzutreten. Nicht aus imperialen Gelüsten, sondern aus Mangel an Alternativen wurde Amerika im 20. Jahrhundert zu einer globalen Macht.

[Dies das zwingende Gesetzhandeln des Weltgeistes; es ist immer ohne Alternative, obwohl das Gegenteil - eine endlose Vielfalt von Möglichkeiten - jederzeit mit Händen ergreifbar scheint. Das System der jeweils waltenden Scheinalternativen zu durchschauen, ist die schwerste Kunst auf der Rennstrecke des weltpolitischen Denkens.]

Und: Nur in einer freien Welt kann Amerika selbst frei bleiben - das war die Lehre, die Washington aus den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg zog. Wenn man sich nicht frühzeitig einmischt, wenn man den totalitären Mächten nicht sofort entschlossen entgegentritt, kommt es einen später teuer zu stehen.

[Und nur in einer – nun endgültig globalen - Welt, in der alle frei sind, kann das Projekt Vereinigung freier Nationen Wirklichkeit werden. Erst dann kann die „Schreibtischorganisation“ UNO - oder deren Nachfolge-Organisationen - zu einer wirklichen Machtorganisation aller Staaten, zu deren Diensten und Führung werden.]

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges blieben die Vereinigten Staaten global präsent. Die engen Beziehungen, die sie in jener Phase mit Staaten eingegangen waren, blieben bestehen, insbesondere in Europa und in Asien. Angesichts einer Vielzahl von alten und neuen Unsicherheiten und Konflikten kamen weitere Bündnisse und Schutzbeziehungen hinzu. Das Vakuum, das die implodierende Sowjetunion hinterließ, wurde von Amerika gefüllt.

[Übertreibend, - siehe das Problem GUS und Kaukasus; auch die Obstruktionen Moskaus an der Seite von Belgrad, ein überaus schändliches Kapitel alteuropäischen Handelns.]

Und während andere eilends die Friedensdividende einstrichen und ihre Investitionen ins Militärische verringerten, bauten die USA in den neunziger Jahre ihre bereits konkurrenzlose Militärmaschine aus.

[Auch dieses Gesetz war alternativelos. - Wird aber von vielen US-Universitätsprofessoren als Anfang aller Welt-Übel bis heute „begriffen.“]

Auf diese Weise wurde Amerika zur “unverzichtbaren Macht”. Ob es um die Pazifizierung des Balkans oder einen Friedensschluss im Sudan geht, um das Verhältnis zwischen China und Japan oder den Konflikt zwischen Indien und Pakistan - an nahezu allen Brennpunkten des Weltgeschehens sind die USA präsent, als Mitspieler und Gegenspieler, nicht selten auch als Makler und Vermittler.

[Ulrich Speck möchte den Seinen die Angst, die Vorurteile, die Fehleinstellung nehmen. Mit bewundernswertem Missionseifer.]

Im Nahen und Mittleren Osten haben sie ein europäisches Erbe übernommen. Mit der prekären Stabilität willkürlich gezogener Grenzen und diktatorischer Staatlichkeit, die Franzosen und Briten nach dem Zusammenbruch ihrer Kolonialreiche hinterließen, ist Washington bis heute beschäftigt. Zugleich sind die Vereinigten Staaten der zentrale Architekt der Globalisierung. Sie trägt den Stempel „made in USA“.

[Und der soll nicht der Stempel des Bösen und des Teufels sein?]

Ob wünschenswert oder nicht - es ist schlichtweg unrealistisch, zu glauben, Amerika würde seine Weltmacht dem Votum Chinas, Russlands, Frankreichs und Großbritanniens im Sicherheitsrat unterstellen.

[Oder irgendeinem Weltgerichtshof in irgendeiner europäischen Stadt....]

Amerika kann seine Rolle als globale Ordnungsmacht ebenso wenig vom Veto Pekings oder Moskaus abhängig machen, und es kann sein Handeln nicht den Regeln einer UN-Charta unterwerfen, die nur eine höchst unzureichende Handhabe für die Bearbeitung heutiger Probleme bietet.

[Was bleibt dann vom „Völkerrecht“, diesem politischen Lieblingskamel der Deutschen von heute?]

### Die instabilen Grundlagen der amerikanischen Hegemonie

Wenn es also einen Ersatz für die vakante Position einer Weltregierung gibt, dann heißt er heute Amerika.

[Überstürzt gedacht. „Weltregierung“ ist ein ernstzunehmender Begriff; dass er heute noch nicht mit Realität gefüllt werden kann, steht „nur“ auf dem Blatt der (aktuellen) Geschichte. Eine wirkliche Weltregierung in Washington, würde alle überfordern, würde alle Projekte aktueller „Vereinigungen“ zunichte machen.]

Ein Zustand freilich, der alles andere ist als ideal.

[Aus dieser richtigen Einsicht erschließen manche Illusionisten und Pazifisten den beliebten Fehlschluß: gäbe es die USA nicht, existierte die ideale Welt(gemeinschaft) längst schon. - Wie? Seit wann? Warum und wozu (mit welchen Inhalten aus welchen Gründen)?]

Dass die Position der globalen Ordnungsmacht von einem Staat eingenommen wird, ist ein Problem, weil Staaten naturgemäß partikular sind. Amerika ist ja nicht nur globale Ordnungsmacht, sondern zugleich auch Staat unter Staaten.

[Besser noch: „globales Ordnungsmittel“, gewiß ein mächtiges, ein Machtmittel, aber dennoch nur ein Mittel.]

Die amerikanische Regierung ist nicht der Weltgesellschaft verpflichtet, sondern den amerikanischen Wählern.

[Es ist doppelte Verpflichtung; die innenpolitischen schließen die außenpolitischen nicht aus, wie dieser Satz unterstellt.]

Und eine grundsätzliche Identität der amerikanischen und globalen Interessen vorauszusetzen, wie es die Neokonservativen tun, heißt, Interessenkonflikte auszublenden.

[Eine irrige Annahme und Unterstellung; niemand in den USA ist so naiv, dass er die amerikanischen Interessen mit denen aller anderen Staaten oder mit der UNO gleichsetzen würde. Auch blendet die Bush-Administration „Interessenkonflikte“ nicht aus, - ganz im Gegenteil. Und eben jene, die einmal davon plaudern, dass die „Neokonservativen“ US- und

Welt-Interessen gleichsetzen würden, kritisieren an denselben im selben Atemzug, dass sie (unnötige) Konflikte in eine (angeblich) „friedliche“ Welt tragen würden.]

Am deutlichsten werden diese in der Ökonomie - in Handelskonflikten vertritt die amerikanische Regierung durchaus handfeste amerikanische Interessen.

[Sie ist, als Regierung eines Staates unter vielen anderen (gegen 200), als ein Staat unter anderen usf, dazu verpflichtet. Oder erwartet man in Europa einen globalen ökonomischen Samariter?]

Was den Konflikt zwischen Universalismus und Partikularismus jedoch im amerikanischen Fall abschwächt, ist die spezifische Natur dieses Staates, dem der Universalismus seit jeher eingeschrieben ist.

[Enthält die zentrale Botschaft und Definition von USA als gods own country; eine Formel, die jeder „gesunde“ Europäer zu belächeln pflegt, weil er in der Regel nicht kapiert, dass der Universalismusauftrag unbeding und daher auch theologisch gilt. Dieser Auftrag gilt unabhängig davon, ob Republikaner oder Demokraten die US-Galeere führen.]

Als Einwanderungsland, zusammengesetzt aus Bürgern unterschiedlichster Herkunft, ist Amerika weniger partikular als solche Länder, in denen sich kulturelle Homogenität aus gemeinsamer Herkunft, aus ethnischer Homogenität ergibt.

[Dennoch darf man nicht vergessen, dass die USA eine rigorosere Integrationspolitik betreiben als die Europäer. Immigranten werden in der Regel doch zu „Amis“, auch wenn sie zugleich ihre angestammte Identität weiterführen; indes europäische Immigranten, besonders aus der Zweiten Welt, oftmals nicht in Europa ankommen.]

Die Vereinigten Staaten lassen sich in gewisser Weise als Welt im Kleinformat definieren. Ihr Erfolg beruht darauf, dass sie ein Regelwerk entwickelt haben, das es den sehr heterogenen Gruppen von Zuwanderern erlaubt, zu Amerikanern zu werden. Und dieses Regelwerk ist prinzipiell übertragbar auf andere Länder.

[„Prinzipiell“ schließt stets ein, dass in der Realität die Übertragung auch scheitern kann; kaum vorstellbar, dass die US-Mentalität etwa im heutigen Frankreich implementierbar wäre. Aber an neuen Regelwerken für eine doch noch erfolgversprechende Integration der moslemischen Immigranten wird in ganz Europa seit kurzem heftig gearbeitet.]

Dennoch bleibt, unter den Bedingungen amerikanischer Hegemonie, eine substantielle Ungleichheit zwischen Amerikanern und Nicht-Amerikanern. Amerikaner haben das Recht, das Personal der zentralen Institutionen des globalen Managements zu wählen und zu kontrollieren, Nicht-Amerikaner besitzen dieses Recht nicht. Nicht-Amerikaner können - in Demokratien - nur darauf hoffen, dass ihre eigene Regierung Einfluss nimmt auf Washington, um auf diese Weise Anteil zu haben an den Entscheidungen, die auch ihr Leben beeinflussen, mitunter maßgeblich. Je weniger das gelingt, desto stärker der Widerspruch zum Grundsatz der demokratischen Selbstbestimmung.

[Ist unter „zentralen Institutionen des globalen Managements“ die UNO zu verstehen? Ist darunter die Regierung in Washington zu verstehen? - Solange Staaten und Staatenbünde bestehen, ist die „substantielle Ungleichheit“ eine notwendige und nützliche; daraus einen (demokratiegefährlichen) Gegensatz zwischen „Amerikanern und Nicht-Amerikanern“ konstruieren zu wollen, geht an der Realität der Welt von heute völlig vorbei. Alle Staaten dieser Erde können jederzeit „Einfluß“ nehmen auf Washington, aber die Entscheidungen müssen in Regierung, Kongreß und Senat vor Ort verbleiben.]

An dieser Stelle kommt die Einbindung der Vereinten Nationen in die weltpolitischen Entscheidungen der USA ins Spiel. Die UN haben, trotz aller architektonischen Schwäche, doch den Vorteil, dass eine unter ihrem Dach getroffene Entscheidung einer weltweiten Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt, dass Amerika nicht alleine darüber entscheidet, wie es seine globale Macht einsetzt.

[Trifft zu, wenn die Blockade durch Vetoentscheidungen überwindbar ist. In allen anderen Fällen (Kosovo zB) muß eine Teilmehrheit jenseits der UNO gefunden werden, um die Agenda des Universalismus voranzutreiben. Daraus folgt - für den normalen Verstand - der scheinbar vernunftwidrige Widerspruch, dass lediglich partikuläre Mächte als Anwalt, Agent und Krieger von universalen Ideen in die Bresche springen. Weil es dazu keine Alternative gibt, ist dieser Widerspruch jedoch geschichtsvernünftig. - Dies kann zB bedeuten, dass man Rechts-Tribunale, die noch nie gewesen sind, erfinden muß: Nürnberger Prozesse; ebenso Gefängnisse, die noch nie gewesen sind: Guantanamo.]

Wie auch immer die Entscheidungen im Sicherheitsrat zustande kommen, welche Pakete hinter verschlossenen Türen geschnürt werden - durch die gemeinsame Entscheidung der Fünf gewinnt amerikanisches Handeln eine erhebliche Legitimität.

[Es könnte aber auch eine falsche sein, den die Fünf sind nicht über jeden Irrtum erhaben; aber in der Regel sorgen bereits die sogenannten „Interessen“ dafür, dass wenigstens einer der Fünf ein Haar in der Suppe findet, in der die vier anderen keines finden. Drei von vier finden zB in der Suppe Iran ein Atomhaar, die anderen beiden jedoch nicht. Was nun? - Die UNO treibt auf ihre nächste Aporie zu; denn auch die „Sanktionen“ werden eine Macht (Iran), die sich als neue Führermacht des Islamismus profilieren möchte, nicht zu Umkehr und Vernunft bewegen können. Also was tun? Antwort der europäischen (Journalisten)Vernunft: jetzt schon unterstellen, die USA hätten ohnehin die „Besetzung“ und „Eroberung“ des Iran längst beschlossen; und wenn „es“ dann soweit ist, darf man stolz verkünden: wir haben es damals schon gewusst, wir waren und sind immer „im Recht.“ ]

Hat es diese Legitimität nicht, trifft es auf verstärkten Widerstand. Und das wird teuer, wie man am Beispiel des Irak sieht. Wenn Amerika alleine geht, erscheint es als interessengeleitetes, partikulares Imperium - und provoziert Gegenwehr im Namen des Anti-Imperialismus.

[Unterstellt, dass „Amerika“ in den Irak „allein gegangen ist.“ - Woher diese unbemerkte Realitätsblendung?] -

Wenn es einen UN-Beschluss exekutiert, erscheint Amerika als ausführendes Organ des Rechts, gewinnt Legalität und Legitimität und reduziert damit die Kosten.

[Vergißt, dass „Amerika“ mit Fug und Recht behaupten kann und konnte, die Befreiung des Irak als ausführendes Organ von UN-Beschlüssen vorgenommen zu haben. Hier wäre ein Exkurs über Art und Charakter der UN-Resolutionen fällig. In ihnen erscheint die Aporie der UNO sozusagen „buchstäblich“.]

Und nicht zuletzt: Ein UN-Beschluss erhöht auch die Bereitschaft der amerikanischen Bürger, die „Bürde“ (Michael Ignatieff) des globalen Managements zu tragen. Umfragen zeigen, dass Amerikaner zwar mehrheitlich bereit sind, Washington in seinem globalen Engagement zu unterstützen. Doch dies nur unter gewissen Bedingungen.

Am deutlichsten wird das im Fall von Militäreinsätzen. Hier gibt es zwei Kategorien. Die eine sind Fälle, in denen es unmittelbar um Selbstverteidigung geht. Die klassische Selbstverteidigung eines Staates findet eine klare Mehrheit unter Amerikanern. Die andere Kategorie sind Fälle, die nur mittelbar und nicht unumstrittenerweise als Selbstverteidigung bezeichnet werden können.

[Erster und Zweiter Weltkrieg, Kosovo etc, Panama, Grenada etc. Die Umstrittenheit folgt stets aus dem Widerspruch (kein nicht seinsollender) dass die USA Einzelstaat und doch zugleich Universalstaat sind, ein Einzelstaat mit Universalauftrag und -macht. Ohne Schutzmacht des Mächtigsten sind daher beispielsweise Verträge im Nahen Osten nicht lebensfähig, nicht „glaubwürdig“ - eine Lieblingschangiervokabel des modernen Zeitgeistes.]

Fälle also, in denen es mehr oder weniger um die Rolle Amerikas als globaler Ordnungsmacht geht. Hier ist die Skepsis erheblich größer.

[Man bedenke, dass die jeweilige Opposition fast immer die Politik des „my home is my castle“ befolgt und im Sinne innenpolitischer Machtpolitik auch befolgen muß. Daher schaltete die US-Politik (im 20. Jahrhundert) jeweils mit Verspätung von der isolationistischen auf die universalistische Schiene. Letztes Beispiel: Übergang von Clinton zu Bush junior. Unter Bush senior schien die Epoche eines endgültigen Isolationismus möglich geworden: „Ende der Geschichte“....]

Damit die Bevölkerung mitmacht, müssen mindestens drei Kriterien erfüllt sein. Erstens muss das Unternehmen Legitimität besitzen.

[Ein beliebtes, weil beliebig drohendes Wort; was aber ist wann und warum „legitim“?]

Das bedeutet, dass wichtige Alliierte im Boot sein müssen; optimal ist ein Beschluss der Vereinten Nationen.

[Daß Verbündete ins Boot steigen können, dass die UNO eine Resolution aufsetzt usw., setzt schon voraus, dass das jeweilige Unternehmen per se Legitimität besitzt oder besitzen soll. Eine bloß „konsensrechtliche“ Legitimität wäre keine universale. - Daß der „war against terror“ Legitimität hat, bezweifelt kein Vernünftiger; dennoch ist er umstritten und von vielen bestritten, - als bloße imperiale Strategie des Hegemon angeklagt, als Produkt von Weltverschwörungen „bewiesen“, als Einbildung „zurückgewiesen“ usw.]

Zweitens darf es nicht allzu teuer und allzu langwierig sein; ohne Exit-Strategie geht nichts. Da sich Amerika nicht als imperiale Macht versteht, sind dauerhafte Stationierungen von Truppen nur mit Einverständnis des jeweiligen Landes möglich.

[„Amerika, keine imperiale Macht? Daß ich nicht lache....“ Wird Herr Scholl-Latour, unser Karl May der Weltpolitik, erwidern. Meine Bücher wären Makulatur, Speck für Ulrich Speck.]

Drittens dürfen nicht allzu viele Amerikaner sterben. Sind diese Bedingungen nicht oder nur unzureichend erfüllt, besitzt eine amerikanische Regierung nur ein schwaches Mandat ihrer Wählerschaft.

[Dies ist nicht ganz richtig formuliert; ein Mandat ist ein (politisches) Mandat, es ist so stark oder schwach wie es ist; als regierendes Mandat daher stark und das stärkste, das die Demokratie zu vergeben hat. Dennoch kann eine Regierung abgewählt werden, wenn ihr bei Neu-Wahlen das Regierungs-Mandat entzogen wird. Davon sind Befragungen über den Zustimmungswert aktueller Regierungspolitiken zu unterscheiden; Speck scheint diese mit jenen (wirklichen Mandaten) metaphorisch gleichzusetzen. Natürlich kann ein sogenannter „Stimmungsumschwung“ den politischen Prozeß der Abwahl einleiten; aber er ist mit diesem nicht gleichzusetzen.]

#### Weltmacht ohne Alternative - eine Bilanz

Auf der einen Seite erhöht die wachsende Interdependenz der Staaten den Bedarf an einer übergeordneten Institution, die globale Regeln setzt und ihre Einhaltung garantiert, die Konflikte managt und übergreifenden Bedrohungen und Gefahren entgegentritt - eine Art von Weltregierung. Auf der anderen Seite sind de facto derzeit nur die Vereinigten Staaten in der Lage, eine solche Position zumindest annähernd einzunehmen. Die Vereinigten Staaten aber haben, als partikularer Staat, nicht das Mandat dazu, und weder die Weltöffentlichkeit noch die amerikanischen Wähler sind bereit, es der amerikanischen Regierung dauerhaft zu erteilen. Das Mandat dazu kann - Fall für Fall - der UN-Sicherheitsrat erteilen, in dem aber wiederum partikuläre Interessen und Machtkalküle von vier anderen Staaten das Votum bestimmen. Das führt dazu, dass der Sicherheitsrat oft nicht handelt, und dass Washington nach Möglichkeiten sucht, ihn zu umgehen.

[Wiederholender Absatz]

Ist eine andere Lage denkbar, eine bessere? Eine realistische Prüfung der Optionen ergibt, dass derzeit keine Alternative existiert. Dass Staaten sich zugunsten einer Weltregierung entmachten, ist nicht zu erwarten (von der Wünschbarkeit abgesehen). Eine fundamentale Reform des UN-Sicherheitsrats und der UN-Charta ist fast ebenso unwahrscheinlich, wegen der Interessen am Status Quo. Diese Interessen stehen auch der Konstruktion einer neuen kollektiven Institution des globalen Managements - in Washington liebäugeln manche mit dem Ausbau der G8 plus x - entgegen.

[Vielleicht der Keim eines legitimen - alternativlosen - Prozesses, der auf die UNO reformatorisch oder revolutionierend einwirken könnte.]

Und ein Rückzug Amerikas aus seiner Weltmachtrolle, eine Beschränkung auf die Rolle als Staat unter anderen würde Verwerfungen in vielen Teilen der Welt auslösen.

[Es wäre die ultimative Katastrophe, weil wir mittlerweile nicht „Verwerfungen“, sondern einen globalen Terrorkrieg haben.]

Ein Machtvakuum wäre die Folge, das Machtkonkurrenzen anreizen würde, die derzeit durch amerikanische Hegemonie in Schach gehalten werden.

[Aber keineswegs durch diese allein.]

Die Anarchie, die im internationalen System nach wie vor lauert und nur durch Macht verhindert wird, würde sich ausbreiten, eine internationale Ordnung wäre nicht mehr gegeben. Der Zusammenbruch der Globalisierung wäre die wahrscheinliche Folge.

[Jenen ins Stammbuch geschrieben, die den Hegemon als Chaosmacht verwünschen.]

Eine Alternative auf dem Gebiet des globalen Ordnungsmanagements ist also nicht in Sicht. Man wird weiterhin mit den Mängeln leben müssen. Das ist mühsam, konfliktreich und keineswegs ideal. Pragmatisch gesehen aber sind wir - in Deutschland und Europa - alles in allem mit der amerikanischen Hegemonie in den vergangenen Jahrzehnten sehr gut gefahren. Es ist in unserem Interesse, diese Ordnung zu stützen und zu erhalten. Eine bessere haben wir nicht.

[Ein empfehlenswerter Artikel, einer, der gegen den Strom dessen schwimmt, was im deutschen und europäischen Blätterwald über die USA und „Bush“ verbraten und in die Strömung geworfen wird.]

Textvorlage: Die ZEIT online, 23.12.2005

Kommentartext: Jänner 2006